

Simon Duncan, Mark Goodwin, Susan Halford

Politikmuster im lokalen Staat: Ungleiche Entwicklung und lokale soziale Verhältnisse*

1. Probleme und Übersicht — eine Einführung

Im folgenden Artikel werden wir zu analysieren versuchen, wie und warum sich lokale staatliche Institutionen innerhalb eines Nationalstaats in ihrem Verhalten manchmal ganz beträchtlich voneinander unterscheiden. Diese Unterschiede können die Entwicklung besonderer lokaler Politikstrategien oder die besondere lokale Implementation einer angeblich einheitlichen nationalen Politik widerspiegeln. Es braucht nicht betont zu werden, daß deren Beschreibung und Versuche zu ihrer Erklärung ein Dauerthema der Politikwissenschaft wie der Stadtsoziologie darstellt (vergleiche die Überblicke bei Dearlove 1973; Saunders 1979; Stewart 1983; Sharpe and Newton 1984; Pinch 1985). Die Spannweite und die Art der Unterschiede im staatlichen Verhalten, auf welche diese Studien Bezug nehmen, ist enorm; deshalb haben wir den ganz allgemeinen Begriff »lokale staatliche Institutionen« gewählt. Wir meinen damit alle staatlichen Körperschaften, Institutionen und Behörden unterhalb der nationalen Ebene. Natürlich ist das eine sehr umfassende Kategorie für territoriale und politische Kompetenzen und für die darin eingehenden gesellschaftlichen Verhältnisse. In der Literatur finden sich als Standardinstitutionen die britischen Lokalregierungen und die Stadtregierungen in den USA, aber die Beispiele reichen von — auf der einen Seite — dezentralen Ämtern für einzelne Aufgaben, wie etwa die lokalen Büros des Department of Health and Social Security in Großbritannien, bis — auf der anderen Seite — zu gewählten Regionalparlamenten wie die der Länder in der Bundesrepublik Deutschland oder der Bundesstaaten der USA. So gesehen, scheint es viel mehr »lokalen Staat« als »Nationalstaat« zu geben. Daher ist es so wichtig, zu beschreiben und zu erklären, was es mit lokalen staatlichen Institutionen auf sich hat.

Auf den ersten Blick scheinen die unterschiedlichsten Formen lokaler staatlicher Institutionen wie deren unterschiedliches politisches Verhalten recht einfach erklärbar — unterschiedliche Institutionen verhalten sich unterschiedlich, weil sie an verschiedenen Orten handeln, an denen verschiedene soziale Interessen unterschiedlich wichtig sind. Aber diese ins Auge fallende Lösung birgt einige wichtige Fragen, die unbeantwortet bleiben. Zunächst, inwiefern sind Orte verschieden und warum ist das soziale Gewicht von Gruppen je nach Ort unterschiedlich? Die Antwort darauf müßte die Grundlage liefern, um eine zweite unbeantwortete Frage anzugehen: Warum überhaupt entwickeln sich besondere lokale Staatsinstitutionen? Warum reichen Nationalstaaten allein nicht aus? Und drittens, ungleiche Entwicklung und die Existenz lokaler staatlicher Institutionen einmal vorausgesetzt,

* Dieser Artikel basiert auf Forschungsarbeiten, die Teil des »Urban and Regional Research Programs« der Universität von Sussex waren, das vom »Economic and Social Research Council« getragen wird. Wir danken unseren Kollegen für ihre Hilfe und Unterstützung.

durch welche soziale Prozesse werden sie verknüpft und inwieweit werden die Unterschiede und Veränderungen im Verhalten lokaler Staaten durch diese Prozesse erklärt? Trotz der Flut von Arbeiten, die diesem Problem gewidmet sind, scheint allgemein Konsens zu herrschen, daß die Erklärungen für diesen Sachverhalt zumindest bruchstückhaft und für gewöhnlich unbefriedigend bleiben. So haben wir auf der einen Seite zahlreiche geographisch und statistisch fundierte Studien zu unterschiedlichen lokalen Politikstrategien, welche normalerweise bemerkenswert desinteressiert daran sind, ihre Analysen und Resultate in einer allgemeinen Konzeption der Staatstätigkeit und lokaler Staatsinstitutionen als deren Bestandteil zu verorten. Daher sind sie nicht in der Lage, viel darüber zu sagen, warum die Phänomene, die sie so eingehend beschreiben, überhaupt auftreten. Typisch für diese Art von Untersuchungen ist, daß sie am Ende unterstellen, Veränderungen im Verhalten lokaler Staaten hingen mit Veränderungen im sozialen, politischen und ökonomischen Umfeld zusammen, wobei deren genaues Verhältnis von Studie zu Studie unterschiedlich bestimmt wird. So viel wissen wir natürlich schon. Aber auf der anderen Seite ignorieren die (eher wenigen) Arbeiten, die versuchen, allgemeine analytische Theorien staatlichen Handelns zu liefern, fast immer die Existenz lokaler Staatsinstitutionen und die Bedeutung, die deren unterschiedliches Verhalten hat (vgl. z.B. den Überblick bei Jessop 1982). Diese Sorte Arbeiten kann allgemeine Erklärungen dafür vorschlagen, was kapitalistische Staaten im Ganzen tun und warum sie es tun, aber sie sind unfähig, dies in eine konkrete Analyse spezifischer Politiken und Implementationsformen umzusetzen. Ihre Erklärungen müssen daher zwangsläufig sehr abstrakt und allgemein bleiben (vgl. für eine Erweiterung dieser Kritik Duncan und Goodwin 1987, Kap. 1). Beide Arten von Arbeiten, die empirisch-deskriptiven und die abstrakt-theoretischen, lassen große »black boxes« übrig, in denen wichtige Verbindungsglieder zwischen den sozialen Prozessen verschwinden. Diese black-boxes entsprechen im wesentlichen den oben identifizierten unbeantworteten Fragen. Indem wir unbeantwortete Fragen angehen, werden wir in diesem Aufsatz versuchen, diese beiden Arbeitsansätze zusammenbringen. Zunächst, warum gibt es überhaupt lokale staatliche Institutionen und, vorausgesetzt, daß dies etwas mit dem herrschenden gesellschaftlichen Muster ungleicher Entwicklung zu tun hat, durch welche gesellschaftlichen Prozesse wird dieses Muster mit Unterschieden und Veränderungen im Verhalten lokaler Staaten verknüpft? — Der Aufbau unseres Artikels ist einfach. Um die beiden Fragen begrifflich adäquat zu beantworten, versuchen wir zunächst, in einem mehr abstrakten Arbeitsschritt die »black boxes« zu öffnen. Danach werden wir zeigen, wie diese Prozesse in der Praxis verlaufen. Wir beziehen uns dabei auf eine Reihe empirischer Studien, darunter auch auf eigene Forschungsarbeiten.

2. Lokale Staaten, ungleiche Entwicklung und lokale Sozialverhältnisse

Die Bedeutung des Raums für die ungleiche Entwicklung

Natürlich ist es eine zentrale Annahme marxistischer Theorie, daß ungleiche Entwicklung in räumlicher wie zeitlicher Dimension ein zentrales Moment im Prozeß kapitalistischer Produktion und Reproduktion ist. Diese sich selbst verstärkende Ungleichheit verschärft

dramatisch die Ungleichheiten vorgängiger sozialer und natürlicher Systeme. Ungleiche Entwicklung bedeutet daher nicht einfach, daß Art und Ausmaß physischer und sozialer Phänomene von Ort zu Ort variieren. Sie bedeutet vielmehr, daß die sozioökonomischen Prozesse selbst ungleichmäßig verlaufen. So betrachtet können geographische Verhältnisse, d.h. Unterschiede im Raum, als systematischer Ausdruck der Konstitution und Struktur des Kapitalismus selbst gefaßt werden. — Wir wollen diese allgemeine These hier nicht weiter ausführen. (Vgl. für hervorragende Analysen Harvey 1982, 1985; Smith 1984.) Dagegen möchten wir auf einige Implikationen für die Entwicklung staatlicher Systeme abheben. Unser Hauptargument ist, daß ungleiche Entwicklung des Kapitalismus einerseits, die Entwicklung lokaler staatlicher Institutionen andererseits nicht ohne Beziehung zueinander sind, im Gegenteil. Staatliche Institutionen sind für herrschende Gruppen unverzichtbar, wenn es darum geht, die zunehmend großen, differenzierten und sich ändernden sozialen Systeme des Kapitalismus zu organisieren und zu steuern. Doch macht eben diese Differenzierung erfolgreiche Intervention problematisch. Um wirksam zu sein, müssen staatliche Systeme auf lokaler, subnationaler Ebene entwickelt werden. In der Ausführung dieses Arguments werden wir auch auf einige Schwächen der gängigen Auffassung ungleicher Entwicklung hinweisen und den manchmal damit einhergehenden ökonomischen Reduktionismus in die Schranken weisen.

Unter dem Gesichtspunkt ungleichmäßiger Entwicklung ist differenzielle Investition ein ganz zentraler Prozeß im Kapitalismus. Auf der einen Seite wird ständig Kapital investiert, um die produktiven, infrastrukturellen und reproduktiven Einrichtungen (Fabriken, Straßen, Häuser z.B.) zu schaffen, welche für die Produktion von Mehrwert notwendig sind und die Basis eines erfolgreichen Kapitalismus verbreitern. Aber auf der andern Seite wird Kapital von bereits bestehenden Anlagen abgezogen, um anderswo bessere Verwertungsbedingungen auszunutzen. Die Folge ist, daß geschaffene soziale und physische Umwelten, d.h. geographische Verhältnisse ständig entwickelt, verändert und wieder verlassen werden. Daß die Welt und besonders die kapitalistische Welt in sich ungleich ist, haben Sozialwissenschaftler immer gern übersehen. (Obwohl dies teilweise eine Reaktion auf den ebenfalls irreführenden, in der Geographie und Stadtsoziologie gängigen Determinismus des Raumes ist.) Dieser blinde Fleck wird vergrößert durch die oft gemachte Unterscheidung zwischen allgemeinen und lokalen Prozessen, zwischen Makro- und Mikroperspektive. Denn für gewöhnlich werden allgemeine Prozesse, z.B. Kapitalakkumulation oder Klassenkonflikt falsch, als nicht räumlich, gefaßt: Als ob diese Prozesse irgendwie über der wirklichen Welt in einem nichträumlichen Reich schwebten. Das ist nicht der Fall. Diese Prozesse werden von Anfang an an zahllosen einzelnen Orten konstituiert; sie sind also allgemein nur in dem Sinne, daß ihre Konstitution nicht an einen einzelnen Ort gebunden ist. Weiterhin wird diese räumliche Konstitution immer beeinflusst durch etwas, was wir als Effekte räumlicher Kontingenz bezeichnen wollen. Vorgängige soziale und natürliche Unterschiede, oder unterschiedliche Dimension und Wirkung aktueller Veränderungen beeinflussen, wie, in welchem Ausmaß und sogar ob überhaupt bestimmte soziale Prozesse verlaufen. Im Gebiet X z.B. können die »allgemeinen« Prozesse der Deindustrialisierung und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung in einem besonderen Wechselverhältnis stehen (und vielleicht zu einer »Feminisierung« der Fließbandproduktion mittels Teilzeitarbeit führen), während im

Gebiet Y diese beiden Prozesse auf andere Weise zusammenwirken können (wodurch z.B. Frauen aus der Lohnarbeit ausgeschlossen werden). Diese unvermeidlichen Unterschiede im Raum werden natürlich noch verstärkt, wenn die Kausalprozesse selbst, besonders die Prozesse der Kapitalakkumulation in kapitalistischen Gesellschaften, geographische Verhältnisse schaffen.

Die künstliche Unterscheidung zwischen Makro und Mikro, allgemein und lokal, entsteht durch eine Verwechslung unserer *geistigen* Abstraktionsprozesse mit dem, was tatsächlich außerhalb unserer Köpfe geschieht. So können wir etwa in Theorien über den Staat geistig von den Orten abstrahieren, an denen wirkliche Staaten produziert und reproduziert werden. Für die theoretische Analyse, die schließlich wesentlicher Teil jeder Forschung ist, kann diese Abstraktion natürlich sehr nützlich sein. Sie erleichtert z.B. die Diskussion über die Funktionen des Staates in kapitalistischen Gesellschaften, ohne uns allzusehr in die besondere Geschichte und die Zusammenhänge wirklicher Staaten zu verwickeln. Aber wir sollten uns durch unsere eigenen Abstraktionen nicht täuschen lassen und glauben, daß soziale und natürliche Prozesse tatsächlich abstrakt, ohne räumliche Beziehungen existieren können. Staaten z.B. existieren konkret eingebunden in alle Arten kontingenter Relationen, darunter räumliche. Diese Verwirrung ist ein hartnäckiges Hindernis beim Versuch, Theorien des lokalen Staates zu entwickeln, wo doch gerade das Faktum ungleicher Entwicklung dessen Existenzbedingung ist. (Vgl. Saunders 1985; Sayer 1985; Urry 1985; Duncan 1988 für eine Diskussion über »die Bedeutung des Raumes«, sowie Duncan und Goodwin 1987 für eine kritische Übersicht).

So schafft die kapitalistische Entwicklung unvermeidlich geographische Unterschiede, und wir können annehmen, daß dies eine Grundlage für die Entstehung lokaler staatlicher Institutionen ist. Es gibt keinen Grund, warum diese Unterschiede an nationalstaatliche Grenzen gebunden sein sollen, im Gegenteil. Wir sollten uns nicht von den altertümlichen Atlanten vereinnahmen lassen, in denen jedes Land seine besondere und einheitliche Farbe hat. Nationalstaaten, so wichtig sie für die Institutionalisierung sozialen Wandels sein mögen, können nicht alle Aufgaben übernehmen. Die Bedeutung der Nationalstaaten für die spezifische Gestaltung sozialen Wandels wird eher geringer, während supranationale Staaten wie die EG oder andere Organisationen wie multinationale Konzerne oder weltumspannende religiöse Bewegungen ihren Einfluß vermehren. Tatsächlich ist der Nationalstaat selbst eine Tiergattung mit sehr unterschiedlichen Exemplaren: Auf der einen Seite die UdSSR und China mit einem Sechstel der Landmasse der Erde und einem Drittel der Weltbevölkerung, auf der andern Seite Hongkong und die Malediven. Herrschende Gruppen benötigen in ihrem Bemühen, soziale Systeme zu steuern und zu organisieren, adäquat bemessene staatliche Institutionen.

So weit, so gut, aber es gibt eine weitere Ebene räumlicher Differenzierung und — was wichtig ist — räumlicher Zusammenhänge, die wir noch nicht diskutiert haben. Dieser Punkt macht die Notwendigkeit lokaler Staatsinstitutionen noch einsichtiger. Harvey weist nämlich darauf hin, daß »Ziel und Zweck der an der Zirkulation des Kapitals Beteiligten letztlich sein muß, Mehrarbeitszeit zu kommandieren und sie innerhalb der gesellschaftlich notwendigen Umschlagszeit in Profit zu verwandeln« (1985, 144-45). Aus dieser Perspektive ist der Raum zunächst ein Hindernis, das überwunden werden muß, da er die Umschlags-

zeit vergrößert. Von daher ist Marx' berühmter Aphorismus zu verstehen, wonach der Kapitalismus ständig bestrebt ist, 'Raum mit Zeit zu vernichten'. Die wesentlichen Mittel, diese Vernichtung zu bewerkstelligen, sind natürlich die Transporttechnologie sowie elektronische und mechanische Kommunikationsmedien. Aber in Wahrheit wird der Raum nicht vernichtet; es werden nur die Unterschiede im Raum verstärkt, wenn auch in neuer Form. Denn die Vernichtung des Raumes wird erreicht durch die Produktion dauerhafter und relativ unbeweglicher räumlicher Konfigurationen, z.B. eines Eisenbahnnetzes mit Industriestädten als Knotenpunkten. Die Erzeugung geographischer Verhältnisse ist notwendig, um sie zu überlisten. Weitere Überlistungsversuche werden unternommen, indem Teile alter Kommunikationssysteme und geographische Zusammenhänge zugunsten neuer abgegeben werden: Etwa durch die Entwicklung von »just in time«-Produktionssystemen in Kleinstädten, die durch ein Autobahnnetz verbunden sind. Selbst das eindrucksvollste Symbol der Mobilität des Kapitals, der internationale Geldmarkt, benötigt solide infrastrukturelle Stützen verschiedener Art. So werden gegenwärtig die räumlichen Verhältnisse der Londoner City neu strukturiert und ausgedehnt, um den riesigen 'high-tech'-Handelskontoren Platz zu schaffen; gleichzeitig ist die Umstrukturierung von Wohngebieten in großen Teilen Südostenglands weitgehend abhängig von der Wohnungsnachfrage einer neuen Dienstleistungsklasse in der »City« (Thrift 1987). Auch die Vernichtung von Raum schafft Raum.

Wir dürfen uns nicht einbilden, daß die Menschen passiv bleiben, während »der Kapitalismus« geographische Verhältnisse um sie herum erzeugt und zerstört. Denn es sind natürlich diese Menschen, welche die sozialen und ökonomischen Prozesse zustandebringen und reproduzieren, auch wenn sie es weder unabhängig von andern noch unter selbstgewählten Bedingungen tun und der Alptraum der Vergangenheit ständig auf ihnen lastet. Handelnde sind fähig, ihre Erfahrungen zu reflektieren und aus ihnen zu lernen, sie passen sich an und diese Anpassung kann auch den Versuch bedeuten, was um sie herum passiert, zu ändern und zu beeinflussen. Ein Weg, dies zu tun, ist der Versuch, einen »Stillstand des Raumes« zu erreichen, eine Art geographische Stabilität zu erlangen. Hart erarbeitete räumliche Konfigurationen, soziale wie physische, sollen, einmal gewonnen, nicht gleich wieder verlassen oder zerstört werden. Eine wesentliche Methode, diesen Stillstand zuwegebubringen, ist staatliche Intervention in die Ökonomie durch Festlegung von Wechselkursen, Arbeitsgesetzgebung, Wohnungsbausubvention, Systeme sozialer Sicherung und »innerer Sicherheit« usw. Staaten sind gleichermaßen nützlich, wenn es darum geht, einen überkommenen zugunsten eines neuen Stillstands aufzugeben. Zentrale herrschende Gruppen können, indem sie staatlich zementierte Räume aufbrechen, ihre ureigensten Interessen verfolgen. Ein gründlich erforschtes Beispiel sind die Aktivitäten der Bourgeoisie des 19ten Jahrhunderts zugunsten des freien Handels (Hobsbawn 1975). Die »Öffnung« Großbritanniens für den Markt — im persönlichen Leben wie im Bereich der Ökonomie — seit dem Machtantritt der konservativen Regierung im Jahre 1979 ist ein aktuelles Beispiel. Für unsere Argumentation interessant ist, daß dieser Versuch, von einem angeblich überholten Zustand des Raumes abzukommen, zum Konflikt zwischen lokalem Staat und Zentralstaat geführt hat. Denn für soziale Gruppen, die zwar lokal einflußreich, aber auf zentraler Ebene in Whitehall nicht so gut vertreten sind, ging es mehr um die Frage, wie vorhandene Fixierungen des

Raums zu verteidigen oder neu zu beleben sind. Verschiedene linke Lokalregierungen in Großbritannien unternahmen eine »Restrukturierung im Interesse der Arbeit(er)« oder versuchten zumindest die Seite der Arbeit zu schützen durch eine lokale Wirtschaftspolitik, die auf die Regenerierung sich auflösender räumlicher Fixierungen zielte. Typisch für diese Politik war der Versuch, eine industrielle Basis in den älteren großen Industriestädten gerade zu jener Zeit zu erhalten, als die Zentralregierung deren Lage zusehens verschlechterte. Wir werden dieses Beispiel im nächsten Abschnitt wieder aufnehmen.

Staatliche Macht, ausgeübt durch einer Reihe von Institutionen auf unterschiedlichen Ebenen von Kompetenz und räumlicher Verantwortung, ist ein Mittel, denn Staaten sind die Grundlage für die Organisation, ja selbst für die Vorstellung von Territorialität. Hinzu kommt nun, daß verschiedene soziale Gruppen unterschiedliche Vorstellungen davon haben, welche Art räumlicher Fixierung am besten für sie ist; diese Gruppen haben wiederum unterschiedlichen Zugang zu verschiedenen staatlichen Institutionen.

Dieses Bedürfnis nach Fixierungen des Raumes interagiert mit der von Harvey (1985) so genannten »strukturierten Kohärenz« von Produktion und Konsumtion in bestimmten Territorien. Soziale und physische Prozesse und Infrastrukturen verbinden sich und formen einen Raum, der eine spezifische Form der Mehrwertproduktion erlaubt. Diese Kohärenz wird hergestellt durch die wechselseitige Beeinflussung von Produktionsformen und -technologien, Verbindungen zwischen Industrien, Muster von Arbeitskräftenachfrage und -angebot, physische und soziale Infrastrukturen und Konsumtionsformen. Daher entstehen nach Harvey bestimmte Industrieregionen, Räume in denen Kapital zirkuliert, ohne daß der Profit durch Zeit und Kosten der Bewegung aufgesogen wird. In diesen Regionen entwickeln sich besondere Arbeitsmärkte, auf denen Arbeitskräfte mit besonderen Fähigkeiten von Tag zu Tag angeheuert werden können. Es braucht nicht betont zu werden, daß diese dem Kapital innewohnende Logik durch die Entfaltung regionaler und lokaler Kulturen verstärkt wird. Es wird von Harvey allerdings nicht weiter ausgeführt, daß diese Kulturen zu einem Teil durch soziale Praktiken und Verhältnisse gebildet werden, die unabhängig von der Logik des Kapitals sind.

Vielleicht ist Süd-Wales auch deshalb das umfassendst erforschte Beispiel »strukturierter Kohärenz«, weil diesem Landstrich, neben seiner speziellen ökonomischen Geschichte, besondere ökonomische und soziale Charakteristika eigen sind (Cooke 1985 a,b). Unter ökonomischem Gesichtspunkt für den Kohle- und Stahlexport geschaffen, verbanden sich die daraus resultierenden Klassenstrukturen mit kulturellen Erfahrungen innerhalb und außerhalb der Arbeit und führten zur Bildung einer besonders »radikalen Region«. Für das »räumlich kontingente« Wechselverhältnis, welches diese strukturierte Kohärenz zuwege brachte, waren u.a. wichtig die historischen Spannungen zwischen unterdrückten Walisern und herrschenden Engländern, das Auftauchen einheimischer Intellektueller und kultureller Institutionen sowie die Entwicklung rigid patriarchalischer Haushalte. Interessant ist, daß die soziale und kulturelle Besonderheit weiterhin bestehen bleibt, obwohl die ökonomische Grundlage für die regionale Kohärenz von Süd-Wales verschwunden ist. Lokale Staaten sind ein Mittel, diese regionale Reproduktion sicherzustellen (Cooke 1983). Das Beispiel Süd-Wales macht allerdings klar, daß strukturierte Kohärenz durch Prozesse ungleicher Entwicklung unterminiert und transformiert wird. Während Veränderungen im Arbeits-

prozeß und in der Organisation des Kapitals auch dessen Verwertungserfordernisse verändern und sein Kommando über immer größere Räume ausdehnen, schwächt die technologische Entwicklung räumliche Beschränkungen ab. Lohnabhängige können sich organisieren oder überflüssig werden, lokale Kulturen werden durch Konsumismus und Massenmedien verändert. Der »Stillstand des Raumes« ist porös und instabil. In der Tat ist zu fragen, wie strukturierte, räumlich spezifische Kohärenz überhaupt bestehen bleiben konnte.

Harvey antwortet mit der Darstellung eines inzwischen bekannten Paradoxes: Jede Erweiterung der Fähigkeit, Raum mit Zeit zu vernichten, bedarf einer relativ stabilen Infrastruktur des sozialen Raums. Großbritanniens High-tech-Industrie oder zumindest ein Großteil der technischen und Forschungsanlagen liegt entlang des »M4-Korridors«, der Autobahn von London nach Bristol, und wird durch enorme staatliche Mittel für Verteidigung und Kommunikationstechnologie gestützt. Eine weitere Antwort würde betonen, daß manche Leute damit beschäftigt sind, räumliche Fixierungen zu schaffen und zu erhalten, während andere darangehen, diese zu untergraben und neue zu schaffen. Und einen wesentlichen Mechanismus zur Erreichung des einen wie des anderen Zieles stellt der Staat dar. Hier werden wiederum verschiedene Ebenen staatlicher Institutionen gebraucht, um in angemessener Weise auf unterschiedlicher Stufenleiter in Fixierungen des Raumes eingreifen zu können.

Beispiele wie Süd-Wales legen auch nahe, daß ungleiche Entwicklung nicht einfach nur eine Sache der kapitalistischen Produktion ist, wie bedeutsam und weitreichend diese auch sein mag. Zunächst behalten natürliche Prozesse ihre Autonomie, wenn auch ihr realer Verlauf oft sozial vermittelt ist. Die zunehmende Verwüstung der Erde oder der saure Regen zeigen exemplarisch, daß klimatische und biochemische Prozesse aufgrund politisch ökonomischer Verhältnisse besondere Resultate an besonderen Orten erzeugen. Ebenso sind keineswegs alle sozialen Prozesse vom Kapitalverhältnis abgeleitet, auch wenn die meisten mit ihm verknüpft, oft tief von ihm durchdrungen oder ihm gar unterworfen sind. In der bürgerlichen Gesellschaft bestehende Praxisformen, wie Verwandtschafts- oder Geschlechterbeziehungen, oder die ethnischen oder nationalen »imaginären Gemeinschaften« werden durch Mechanismen hervorgebracht, die älter sind als der Kapitalismus und ihn zum Teil überleben.

Dies ist besonders wichtig für unsere Ausführungen zum lokalen Staat. Denn staatliche Institutionen existieren nicht als bloßer Reflex der ungleichen Entwicklung des Kapitals, sondern stehen in einem komplexen Vermittlungszusammenhang von Kapital, bürgerlicher Gesellschaft und Natur. Von allem anderen abgesehen, braucht der Kapitalismus für seine Existenz sowohl bürgerliche Gesellschaft wie Natur; die eine produziert Arbeitskräfteangebot wie Konsumentennachfrage, die andere stellt das Rohmaterial ebenso wie den Müllimer dar. Die Entwicklung staatlicher Institutionen, welche in diese autonomen wie sozialen Systeme eingreifen, ist ein Mittel, durch das Kapitalisten ihre Umwelt zu regulieren suchen. Da diese Systeme räumlich konstituiert und differenziert sind, benötigen auch staatliche Systeme spezifisch lokale Dimensionen. Wie wir aufgezeigt haben, führen Prozesse ungleicher Entwicklung im Kapitalismus paradoxerweise zu einer strukturierten Kohärenz sozialen Handelns in Raum und Zeit. Dies geschieht auch durch die ungleiche Entwicklung von Natur und bürgerlicher Gesellschaft. Reihen natürlicher und sozialer Prozesse können sich

wechselseitig verstärken; sie verdichten sich zum einen zu räumlich organisierten ökologischen Systemen, zum anderen zu bestimmten Lebensformen an bestimmten Orten. Kaum anzunehmen, daß solche Zusammenhänge im späten zwanzigsten Jahrhundert unabhängig von der kapitalistischen Entwicklung sind, aber paradoxerweise ist dies Grund genug für staatliche Institutionen, sich um so mehr in diese räumlich konstituierten Systeme einzubinden.

Die Anerkennung der sozialen Bedeutung räumlich variabler und gleichzeitig kohärenter Arrangements kultureller Praktiken war wichtig für Gramscis Neubestimmung des Klassenkampfes in kapitalistischen Gesellschaften (Übersicht bei Cooke 1985b). Soziales Handeln ist nicht allein eine Sache ökonomischen Handelns und der darauf beruhenden Klassenrationalität. Es ist auch eine Frage der spezifischen, im Raum differenzierten sozialen Verhältnisse, welche wichtig sind für die Produktion und Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Ideologien und Erwartungen. Im Raum differenzierte Anordnungen hegemonialer Praktiken und Vorstellungen sind die Grundlage für die Herausbildung regionaler Machtblöcke, die wiederum in die ungleiche ökonomische Entwicklung eingreifen. Gramsci verwendet diesen Gedanken, um die Entstehung des Faschismus in Italien zwischen den Weltkriegen zu analysieren. Cooke, der die kulturelle Erfahrung von Formen der Arbeit, die Gramsci seiner Auffassung nach vernachlässigt, stärker hervorhebt, übernimmt dieses Konzept, um Genese und Beständigkeit »radikaler Regionen« wie Süd-Wales zu erklären. Auch in seinem Konzept wird räumliche Kohärenz, in diesem Fall der bürgerlichen Gesellschaft, als porös und instabil gefaßt und wiederum bieten staatliche Institutionen einen Weg, sie zu steuern, kontrollieren, aufrechtzuerhalten oder zu destabilisieren. Unterschiedliche Institutionen werden auf unterschiedlichen Ebenen durch unterschiedliche Interessen besetzt, die wiederum in der Lage sind, auf verschiedenen Ebenen der Kohärenz einzugreifen und diese zu steuern, zu kontrollieren, aufrechtzuerhalten und zu destabilisieren. Die besten Beispiele sind solche mit einer gewissen politischen Prägnanz: Das rote Bologna (Jäggi u.a. 1977) und das radikale Oldham oder Poplar in Großbritannien (Foster 1974, bzw. Branson 1979). Dies sind extreme Beispiele, aber lokale staatliche Institutionen sind im allgemeinen ein wichtiger Faktor, wenn es darum geht, lokale politische Kulturen aufrechtzuerhalten. In Großbritannien wird dies an der von Labour betriebenen Wohnungs- und Sozialpolitik vieler nordenglischer Industriestädte deutlich, ebenso wie an dem ihr ehrerbietigen Paternalismus von Gemeinderäten, die sich aus Landbesitzern und Farmern zusammensetzen (Dickens u.a., 1985, Kap. 5).

In diesem Abschnitt haben wir versucht, zweierlei zu begründen. Erstens, Veränderungsprozesse verlaufen ungleichmäßig und sind auf spezifische, kontingente Weise räumlich konstituiert. Dies gilt nicht nur für die kapitalistische Entwicklung sondern auch für die bürgerliche Gesellschaft und die Natur. Gesellschaften weisen daher beträchtliche Variationen und Differenzierungen nach innen ebenso wie untereinander auf und dies drückt sich räumlich aus. Nichtsdestotrotz ist dies ein paradoxer Sachverhalt, denn eben diese Veränderungsprozesse schaffen die Bedingungen für strukturierte Kohärenz, die ebenfalls im Raum zum Ausdruck kommt. Zweitens haben wir ausgeführt, daß staatliche Institutionen eine wichtige Rolle bei dem Versuch spielen, ungleiche Entwicklung zu organisieren und zu kontrollieren: Strukturelle Kohärenz als 'Stillstand des Raumes' zu institutionalisieren oder,

wenn nötig, den Übergang zwischen räumlichen Konfigurationen und der Entwicklung neuer Fixierungen zu steuern. Historisch ist der Nationalstaat das wichtigste Mittel gewesen, diesen Eingriff zu bewerkstelligen — so sehr, daß manche Autoren oft den Fehler machen, »Nationalstaat« und »Gesellschaft« ineinszusetzen (»Britische Gesellschaft« usw.). Aber die Prozesse ungleicher Entwicklung bewegen sich auch oft in Dimensionen, die für den Nationalstaat relativ unzugänglich sind. Daher entstehen lokale, subnationale Staaten und, so können wir hinzufügen, supranationale staatliche Institutionen wie die EG.

Der lokale Staat und die repräsentative Demokratie

Weil gesellschaftliche Verhältnisse sich ungleich entwickeln, gibt es einerseits einen Bedarf an unterschiedlichen Politiken an verschiedenen Orten, andererseits Bedarf an lokalen staatlichen Institutionen, um diese verschiedenartigen Politiken zu formulieren und zu implementieren. Lokale staatliche Institutionen wurzeln in der Heterogenität lokaler sozialer Verhältnisse — dort, wo Zentralstaaten im Umgang mit dieser Differenzierung Schwierigkeiten haben. Doch wir halten diese Differenzierung für ein zweiseitiges Schwert, denn lokal verankerte Gruppen können diese Institutionen für ihre eigenen Interessen einsetzen, vielleicht sogar im Gegensatz zu zentral herrschenden Interessen. Das zweiseitige Schwert mag etwas stumpf erscheinen. Es wird jedoch beträchtlich geschärft durch die Entwicklung der repräsentativen Bürokratie und des allgemeinen Wahlrechts. Denn damit ist der besondere Einfluß, den lokale staatliche Institutionen den lokal verankerten Gruppen gewähren, nicht mehr nur faktisch vorhanden, sondern legitimiert und sogar erwünscht. Dies führt uns zum Problem der gesellschaftlichen Rollen staatlicher Institutionen in der repräsentativen Demokratie.

Wichtig ist, festzuhalten, daß der Kapitalismus historisch mindestens genausolange, wahrscheinlich länger, ohne repräsentative Demokratie existiert hat, wie mit ihr. Das allgemeine Wahlrecht war sogar in den meisten westeuropäischen Ländern erst nach 1945 gesichert, obwohl Großbritannien, Skandinavien und Nordamerika eine Vorreiterrolle innehatten. Daher beschäftigen wir uns hier nicht mit den Funktionen lokaler staatlicher Institutionen, z.B. ob sie eher der wohlfahrtstaatlichen Sicherung oder Unterstützungsleistungen für die lokale Ökonomie dienen. Wir glauben sogar, daß diese Debatte in gewisser Weise irreführend ist. Es gibt wohl kaum einen Grund, warum eine bestimmte Funktion spezifisch für eine bestimmte räumliche Ebene staatlicher Institutionen sein soll. Wie unsere Diskussion im vorigen Abschnitt zeigte, nehmen wir an, daß alle staatliche Intervention auf irgendeine Art der lokalen Spezifikation bedarf. Sicher bewegen sich einige Prozesse in Dimensionen, die Nationalstaaten eher zugänglich sind (so etwa einige Momente der Kapitalakkumulation) während andere eher von der lokalen Ebene aus anzugehen sind (wie einige Momente der Reproduktion der Arbeitskraft). Es ist jedoch weitgehend historischer Zufall, welche besonderen Funktionen auf welcher staatlichen Ebene ausgeübt werden; die jeweilige Zuordnung verändert sich mit der Zeit und ist von Staat zu Staat unterschiedlich. Die britischen Lokalregierungen sind gegenwärtig vorrangig mit Sozialleistungen beschäftigt, vor 1930 waren sie viel weitergehend mit Fragen der Produktion befaßt (Dunleavy 1984). In Großbritannien haben die Lokalregierungen weitgehende Kontrolle über das Primär- und

Sekundarschulwesen, in Frankreich war das Bildungssystem bis vor kurzem noch sehr zentralisiert, usw. (vgl. Duncan und Goodwin 1987 Kap. 1 für eine Diskussion der Theorien des »dualen Staates«). Uns interessiert hier eher die besondere *Art* der Ausübung dieser Funktionen durch staatliche Institutionen und, dies einmal geklärt, wie spezifisch lokale Institutionen sich darin einfügen.

Da wir diese Fragen andererorts (Duncan und Goodwin 1982, deutsch 1985) schon erörtert haben, werden wir uns kurz fassen. Unser Hauptargument lautet, daß in kapitalistischen Staaten mit repräsentativer Wahldemokratie (»bürgerliche Rechtsstaaten«) entscheidende soziale und ökonomische Differenzen zwischen Gruppen, wie Geschlechts- oder Klassenunterschiede, in Rechtsbeziehungen angeblich freier und gleicher Bürger verwandelt werden. Rechtsstaaten trennen eine politische Welt formell von einer schon existenten sozialen und ökonomischen (daher der paradoxe Gehalt des Appels, »die Politik herauszuhalten«, gelegentlich sogar aus gewählten staatlichen Institutionen). Aber diese Unterstellung atomistischer Gleichheit findet in einem Bereich statt, in dem kollektive Ungleichheiten vorherrschen. Z.B. hat die Frauenbewegung einige Zeit und Mühe aufgewandt um zu zeigen, daß weibliche Staatsbürgerschaft der männlichen nicht tatsächlich gleichgestellt ist (vgl. Mackenzie und Rose 1983; Ruggie 1984). Die Unterstellung atomistischer Gleichheit fußt auf realer Ungleichheit, welche damit perverserweise noch zementiert wird. Mit anderen Worten: Zu einer wesentlichen Rolle der Institutionen des kapitalistischen Staates wird es, soziale Verhältnisse zu interpretieren. Diese Verwandlung sozialer Gruppeninteressen in individuelle Bürgerrechte ist keine unbedingt sichere und vorgegebene funktionale Notwendigkeit. Menschen müssen sich bemühen, diese Transformation aufrechtzuerhalten und andere werden ihr entgegenarbeiten. So bemühen sich einige Leute, die Vorstellung aufrechtzuerhalten, daß Arbeitslose unglückliche Individuen sind, die den natürlichen Erfordernissen des freien Marktes nicht genügen, während andere für die Sichtweise kämpfen, daß Arbeitslosigkeit strukturell verursacht ist und durch kollektive Organisation diese sozialen Ursachen bekämpft werden können. In diesem Konflikt ist ein bedeutsamer Faktor sicher der Zugang zur Tätigkeit staatlicher Institutionen oder die Kontrolle darüber. Wo fügt sich nun der lokale Staat ein? Diese Frage führt uns zurück zu den Problemen des vorigen Abschnitts, denn soziale Verhältnisse sind, räumlich, zeitlich, ja für dieselbe Person in unterschiedlichen Situationen, ungleich entwickelt. So haben etwa schwedische Arbeiter in der Maschinenbauindustrie mehr gemeinsame, in der Klassenlage gründende Vorstellungen von der Gesellschaft als englische Metallarbeiter (Scase 1977) und doch bilden diese Ansichten jeweils eine adäquate Handlungsgrundlage, da sie mit alltäglichen Praxisformen und den Aktionen der Gewerkschaften, des Managements und staatlicher Institutionen verwoben sind (vgl. für Schweden Korpi 1978, für Großbritannien Jessop 1980). Aber Durchschnittsbetrachtungen auf nationaler Ebene verdecken wichtige Unterschiede innerhalb einer Nation. Die Stichproben von Scase wurden in bestimmten Fabriken in bestimmten Städten in Schweden und Großbritannien gewonnen und sicher sind internationale Unterschiede wichtig, aber wir müssen uns nur das Beispiel des epochalen Streiks der britischen Bergarbeiter 1984/85 vor Augen halten, um zu verstehen, wie wichtig Unterschiede innerhalb eines Nationalstaats sein können. Die Vorstellungen und Handlungen ähnlicher kollegenschwärzter Arbeiter in ökonomisch gleichermaßen sicheren Gruben in South York-

shire und dem 50 Meilen entfernten South Nottinghamshire waren radikal verschieden voneinander, was entscheidende Auswirkungen auf den Ausgang des Streiks hatte. Um diese Differenz zu erklären, haben Beobachter auf eine Reihe von Faktoren hingewiesen. Auf der einen Seite werden lokale Unterschiede als wichtig erachtet, wie das Ausmaß der Isolation der über das Land verstreuten Bergarbeiterdörfer oder politische Differenzen in den örtlichen Gewerkschaftsabteilungen. Auf der anderen Seite wird von den Forschern auf lange bestehende Unterschiede in der politischen Kultur hingewiesen, die in Nottinghamshire eher paternalistische und hierarchische, in Yorkshire kollektivistische und oppositionelle Züge trägt usw. (Sunley 1986; Rees 1985, 1986). Wie auch immer die exakte Erklärung lauten mag, in unserem Zusammenhang ist es wichtig, daß lokale Unterschiede des Verhaltens und der politischen Kultur enorme Konsequenzen haben können. In diesem Falle waren es die lokalen Institutionen der National Union of Miners, die solche Differenzen am getreuesten widerspiegeln (wobei inzwischen die meisten Bergarbeiter in Nottinghamshire einer rivalisierenden und »gemäßigeren« Gewerkschaft angehören, die sich von ihr abgespalten hat), obwohl diese Differenzen auch im Wählerverhalten und in den Positionen der Lokalregierungen ausfindig gemacht werden können. Der Streik wurde z.B. in beachtlichem Maße materiell und moralisch durch Lokalregierungen in Yorkshire, Schottland und Süd-Wales unterstützt. So gesehen vertraten die gewählten lokalstaatlichen Institutionen ihre eigene Interpretation ökonomischer Restrukturierung, daß nämlich die kollektive Zukunft lokaler Gemeinden berücksichtigt werden sollte, während die Regierung die Ansicht vertrat, daß »natürliche« Marktbeziehungen die einzig wirkliche Welt darstellten.

Dieses Beispiel führt uns zur zweiten strukturellen Rolle lokalstaatlicher Institutionen in der repräsentativen Demokratie, zumindest derer mit einer demokratisch gewählten Komponente. Lokale Regierungen repräsentieren nicht nur die zentralen herrschenden Interessen, da sie bestrebt sind, sich mit allen Problemen ungleichmäßiger Entwicklung auseinanderzusetzen. Wahlen legitimieren die Vertretung lokaler Interessen und dies wird zu einer zweiten, manchmal widersprüchlichen Rolle. Diese Rolle der Interessenvertretung ist wiederum ein Teil des Problems ungleichmäßiger Entwicklung, denn es ist klar, daß die Wahl der Nationalregierung für bestimmte Gebiete oft nicht repräsentativ ist. Dies macht die Logik demokratisch gewählter Lokalregierungen aus und liefert natürlich auch einen weiteren Grund für Konflikte zwischen zentralen und lokalen Institutionen sowie für all die Anstrengungen, die beide Seiten unternehmen, um ihre politische Kompetenz auf Kosten der jeweils anderen zu erweitern (vgl. für Großbritannien Duncan und Goodwin 1987). Das vorhandene System lokaler Staaten ist darauf zugeschnitten, die Probleme der Differenzierung innerhalb einer Nation zu bewältigen. Darin haben sich die Interpretations- und Repräsentationsrollen des bürgerlich-demokratischen Staates institutionalisiert, deren lokale Spezifik den lokalstaatlichen Körperschaften ihre qualitative Bedeutung verleiht (vgl. Duncan und Goodwin 1985, Goodwin und Duncan 1986 am Beispiel lokaler Wirtschaftspolitik).

Natürlich ist es eine Sache, theoretische Behauptungen auf einer abstrakten Ebene zu formulieren, was wir im wesentlichen bisher getan haben. Et was ganz anderes ist es zu untersuchen, wie diese Prozesse tatsächlich verlaufen — zu zeigen, wie die Verbindungen zwischen

ungleichmäßiger sozialer Entwicklung Unterschieden in der lokalen Politik funktionieren. Das ist viel eher eine empirische Aufgabe, der wir uns im nächsten Abschnitt zuwenden.

3. Ungleiche Entwicklung und Unterschiede lokaler Politik

Es kann nicht oft genug betont werden, daß theoretische Antworten auf empirische Fragen unangemessen sind. Eine notwendige Eins-zu-Eins-Beziehung zwischen einer bestimmten Form ungleichmäßiger Entwicklung und einer bestimmten Art von politischem Output existiert nicht, wegen genau jener verwickelten Kontingenzen, darunter räumlichen, die wir in 2.1. angesprochen haben. Von daher die Schwierigkeit, solche regelmäßigen Beziehungen statistisch aufzufinden. Was wir allerdings tun können, ist, neues empirisches Material heranzuziehen, um die Art von Prozessen anzudeuten, die in diesen Beziehungen eine Rolle spielen, und zu zeigen, durch welche Mechanismen sie von einer Sphäre sozialen Handelns auf eine andere übertragen werden. Man ist versucht, die lokale Ökonomie als einen entscheidenden Faktor für die Erklärung wichtiger Unterschiede und Veränderungen der Politik zu betrachten. Denn offensichtlich spielen während der Arbeit gemachte Erfahrungen eine wichtige Rolle in der Konstruktion und Definition politischer Einstellungen — an betrachts der Tatsache, daß gerade die räumliche Arbeitsteilung bestimmte geographische Allokationsmuster sowohl für die Arbeit als auch für die Arbeiter hervorgebracht hat (Massey 1984). Die Linke war schnell dabei, Radikalismus am Arbeitsplatz und Radikalismus in der Lokalpolitik zu verknüpfen und dabei radikales Klassenbewußtsein als Bindeglied zu betrachten. In Großbritannien gibt es bekannte Beispiele: In Glasgow war das »rote Clyde-side« während und kurz nach dem ersten Weltkrieg der Schauplatz einer Reihe von Streiks und Demonstrationen der Werft- und Industriearbeiter, die den Zentralstaat erschütterten und zu tiefgreifenden Änderungen der nationalen Wohnungspolitik führten; Sheffield, das bis heute als die »Republik Süd-Yorkshire« bekannt ist, war das Zentrum der Betriebsrätebewegung in der Maschinenbau- und metallverarbeitenden Industrie. Zu nennen sind die »Klein-Moskaus« der Kohlenreviere von Wales, Schottland und Nordengland in der Zwischenkriegszeit, deren Gemeinderäte ihre Straßen »Engels Terrace« oder »Lenin Avenue« nannten; auch das »schottische Poplar« genannt, weil die Armen dort besser bezahlt wurden, als es den nationalen Richtlinien erlaubten; schließlich Poplar selbst mit den angrenzenden Teilen Ostlondons, welches abhängig war von der Unterstützung durch organisierte Dock- und Transportarbeiter (Damer 1980; Smith 1982; Macintyre 1980; Branson 1979).

Allerdings müssen wir die Annahme zurückweisen, daß eine bestimmte Form der Arbeitsteilung im Raum zu bestimmten Formen lokalen Bewußtseins und daher lokalstaatlicher Politik führt. Zunächst einmal gibt es ebensoviele »gemäßigte« wie radikale Bergbau-, Metallverarbeitungs- und (insbesondere) Textilindustrieregiete. Oder, um ein gegenteiliges Beispiel zu nennen, der Landarbeiter wird oft als Idealtypus des unterwürfigen britischen Arbeiters, der vorm ortsansässigen Adel katzbuckelt, herangezogen. Dies mag für weite Teile Großbritanniens stimmen, doch haben Landarbeiter in einigen Gebieten, etwa East Anglia, einige der härtesten Arbeitskämpfe geführt (Howkins 1986; Dickens u.a. 1985;

Kap. 5). Teilweise hat in diesem Fall eine kulturelle Tradition des religiösen Radikalismus in dieser Region eine Rolle gespielt, unterstützt durch eine besondere Geschichte der Klassenherrschaft und wiederum verstärkt durch Alltagserfahrungen in großen Arbeiterdörfern und Arbeitskolonnen. Es zeigt sich somit, daß die Effekte von im Raum differenzierten Produktionsmustern immer einhergehen und vermittelt sind mit im Raum differenzierten sozialen Praxisformen, die in der lokalen Sphäre bürgerlicher Gesellschaft entstehen und durch eine »imaginäre Gemeinschaft« kulturell aufrechterhalten werden.

Skinner und Langdon (1974) liefern eine aufschlußreiche Analyse der Bedeutung dieser Sphäre bürgerlicher Gesellschaft und der »imaginären Gemeinschaft« anhand der oppositionellen Politik des von Labour beherrschten Rats von Clay Cross, der sich weigerte, das Wohnungsbaufinanzierungsgesetz der Konservativen von 1971 zu implementieren. Obwohl die widerspenstigen Räte am Ende entmachtet und finanziell ruiniert waren, und ein von der Regierung benannter Kommissar an ihre Stelle gesetzt wurde, ist dieses Gesetz dort nie richtig implementiert worden. (Es wurde später von einer Labour-Regierung aufgehoben.) Skinner und Langdon setzten das Wachstum politischen Bewußtseins im Rat von Clay Cross, einem Kohlerevier, mit der Militanz der Gewerkschaften in den Zechen gleich. Später weisen sie jedoch darauf hin, daß dieser politische Transfer von der Zeche zum Bezirksrat keineswegs automatisch und sicher verlief. Denn bis zur Verstaatlichung der Kohleindustrie 1948 drehte sich die politische Kultur um die örtlichen Grubenbesitzer, eine Familie, welche die Vorstellung einer klassenübergreifenden »Familiengemeinschaft« erfolgreich genährt hatte. Die Labour Party mitsamt dem Klassenbewußtsein erwachten erst zum Leben, als diese imaginäre Gemeinschaft ihre Grundlage verloren hatte. Erst als die sozialen Verhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft sich geändert hatten, konnten in der Zeche entstandenes politisches Bewußtsein und Organisation in politisches Handeln im lokalen Staat umgesetzt werden. Wie wir am Beispiel des Bergarbeiterstreiks von 1984/85 in Nottinghamshire gesehen haben, kann dieser Transfer auch in die andere Richtung verlaufen; im letztgenannten Fall wurde der Paternalismus nach 1948 erfolgreich wieder aufgenommen und führte zu einer »gemäßigten« politischen Kultur in den Zechen wie in den Bezirkskörperschaften.

Diese Bedeutung des lokalen Charakters bürgerlicher Gesellschaft, verbunden mit den sozialen Wirkungen der spezifischen Arbeitsteilung im Raum, wird in mehreren anderen Arbeiten betont. In »Red Clydeside« waren es offensichtlich Klassenbewußtsein und Organisation von Metallfacharbeitern, welche zu einer lokalen proto-revolutionären Situation in der schottischen Industrie zwischen 1914 und 1919 führten, die entscheidend war für die Richtlinien der Wohnungspolitik der folgenden 50 Jahre. Neuere gründliche Forschungen haben indessen gezeigt, daß es die von qualifizierterer Arbeit in der Produktion ausgeschlossenen Frauen waren, die entscheidend zum Erfolg dieser radikalen Bewegung beigetragen haben. Es war die »Glasgow Women's Housing Association«, die viele der wohnungspolitischen Aktionen organisierten, und wiederum waren es offensichtlich Frauen, die die Männer im Herbst 1915 zu den wichtigen Demonstrationen und Streiks aus den Docks und Waffenfabriken holten. Es war die Bewegung der Suffragetten, die den Frauen politische Organisation und Führung verliehen hatte (Damer 1980; Melling 1980); während die Arbeiter von Clydeside auf eine Familiengeschichte von Kämpfen gegen Großgrundbesitzer zurück-

blicken konnten, in deren Verlauf viele von ihnen von ihren kleinen Anwesen in Irland und dem schottischen Hochland vertrieben und zum Auswandern gezwungen worden waren. Wie erwähnt, erklärt Cooke (1985a) die Existenz einer »radikalen Region« im kohleproduzierenden Süd-Wales durch die Wechselwirkung spezifischer Praxisformen bei der Arbeit mit bestimmten, in der bürgerlichen Gesellschaft entwickelten kulturellen, linguistischen, religiösen und politischen Praxisformen. Cooke dehnt die Studie aus auf die Entwicklung radikaler Regionen in Frankreich und Italien und zeigt als deren gemeinsames Charakteristikum, daß entwickelte kulturelle Beziehungen eine Grundlage radikaler Lokalpolitik bilden können. So gewährte eine bestimmte Form des Grundeigentums den individuellen bäuerlichen Landbesitzern eine außergewöhnliche Unabhängigkeit. Dies führte, verstärkt durch die räumliche Konzentration der Anwesen und der Möglichkeit eines Stücks ökonomischer Unabhängigkeit, die sich den Frauen bot, zur »einzigartigen Mischung persönlicher, ökonomischer und politischer Offenheit, welche als die 'Sozialität' der Provence bezeichnet wird — ein gemeinschaftlicher, demokratischer Geist« (Cooke 1985b).

Die Auswirkungen einer solchen Verbindung von räumlicher Arbeitsteilung, 'civil society' und imaginärer Gemeinschaft sind auch gegenwärtig unübersehbar. In Großbritannien kamen viele lokalpolitische Herausforderungen der letzten beiden konservativen Regierungen (1979-1987) aus Gegenden, in denen das Angebot von Fabrikarbeit zusammengebrochen und die Organisation der männlichen Arbeiterklasse daher im Niedergang begriffen war. Dies war besonders ausgeprägt in London, wo der Radikalismus der »neuen städtischen Linken« (Gyford 1985) auf einer Koalition beruhte zwischen Angestelltengewerkschaften, deren Mitglieder zu einem Großteil beim Staat, meist beim lokalen Staat selbst angestellt sind, und »Bürgerrechtsorganisationen«, die unabhängig von Arbeitsverhältnissen entstanden sind und verschiedene benachteiligte Gruppen wie Frauen, Schwarze und sexuelle Minoritäten repräsentieren. Diese Koalition der »neuen städtischen Linken« war in der Lage, lokalstaatliche Institutionen besonders die Lokalregierung zu benutzen, um die konservative staatliche Regierung mit einer Reihe alternativer politischer Initiativen direkt herauszufordern. Die Staatsregierung mußte zurückschlagen durch die schrittweise Reduktion der politischen Autonomie der gewählten Lokalregierungen, deren Macht auf nicht gewählte lokalstaatliche Institutionen übertragen wurde, die von den lokal ansässigen Koalitionen abgeschottet sind. Dieser ganze Konflikt wird sehr gut symbolisiert durch den Aufstieg des Greater London Council als Zentrum politischer Alternativen zum Thatcherismus und seiner letztendlichen Abschaffung, wenn auch nur, weil er zu einem umstrittenen Medienereignis wurde (Duncan und Goodwin 1987). Der springende Punkt ist, daß Koalitionen der neuen städtischen Linken in gleichem Maße auf verschiedenen Gruppen der lokalen 'civil society' beruhen, wie auf Gruppen, die sich in Arbeitszusammenhängen bilden.

Wenn wir die Bedeutung der 'civil society' für die Unterschiede im Verhalten lokaler Staaten betonen, müssen wir der Versuchung widerstehen, von einem Extrem ins andere zu verfallen. Von noch größerem Gewicht ist nämlich, wie diese sozialen Verhältnisse sich mit den am Arbeitsplatz geformten Bedingungen verbinden. Z.B. beruhte der Aufstieg der neuen städtischen Linken in der Labour Party meist auf dem Eintritt junger qualifizierter Angestellter im Verlauf der Umstellung der städtischen Ökonomie vom Produktions- auf den

Dienstleistungssektor. Besonders wichtig war die Zunahme der Frauenarbeit in diesem Sektor für die Herausbildung feministischen Bewußtseins und für die Organisation von Frauen. Wichtig ist, im Auge zu behalten, daß die breiten Prozesse des ökonomischen Wandels und der Restrukturierung der Klassen- und Geschlechtsrollen nicht notwendig zu bestimmten Lokalpolitiken führen. Sie sind in ganz eigenartiger Weise räumlich konstituiert und vermittelt. Unsere gegenwärtigen Forschungen über lokalpolitische Initiativen für Frauen (Frauenkomitees usw.) zeigen, daß nur eine kleine Minderheit von Räten (weniger als 10 %) Experimente in dieser Richtung begonnen hat, selbst für die von Labour dominierten Räte wächst der Prozentsatz nur auf 25 %. Status, und der politische Rückhalt dieser Initiativen ist sehr unterschiedlich, selbst wenn sie einmal implementiert sind. Manche sind weitgehend symbolisch oder haben reine Alibifunktion, während andere in der Lage sind, bedeutende politische Veränderungen durchzusetzen und einigen politischen Staub aufzuwirbeln (Halford 87). Diese Unterschiede scheinen nicht nur mit verschiedenen ökonomischen und Geschlechtsrollenmustern oder mit der unterschiedlichen Dichte feministischer Organisationen zusammenzuhängen. Zu fragen ist weiter, in welcher Weise diese Faktoren wiederum mit anderen, etwa der Stärke der weiter von Männern beherrschten gewerkschaftlichen Organisationen zusammenhängen. So sind im Londoner Stadtteil Camden Fraueninitiativen erfolgreich und verfolgen mit ziemlichem Elan ihre Initiativen. Dagegen hängt in Sheffield, bis vor kurzem die britische »Stahlstadt«, die Koalition der neuen städtischen Linken ab von der Aufrechterhaltung der ursprünglich durch sozial und ökonomisch einflußreiche Facharbeiter aufgebauten politischen Organisation. Dort können Fraueninitiativen nur langsam und stockend vorankommen (Halford, im Ersch.). Eine neuere Pilotstudie (Mark, Lawson u.a. 1985) der unterschiedlichen Sozialleistungsprogramme zwischen den Kriegen zeigt, daß es diese lokale Verknüpfung von Relationen ist, welche entscheidend ist, nicht das einfache Vorhandensein oder Fehlen struktureller Kategorien. So ähnelten sich in Lancashire die drei nur 40 Meilen voneinander entfernten Industriestädte Lancaster, Preston und Nelson unter ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten sehr stark. Aber während Nelson über ein gutausgebautes städtisches Sozialleistungssystem verfügte, gab es in Preston ein eher bruchstückhaftes und in Lancaster praktisch keins. Woher also die Differenzen? Auf den ersten Blick könnten sie auf Differenzen in den politischen Machtverhältnissen und Leitvorstellungen zurückgeführt werden. Die Labour Party war in Lancaster verhältnismäßig schwach und zeigte wenig Interesse an städtischen Sozialleistungen. Ähnlich in Preston, obwohl die Labour Party hier lokalpolitisch dominierte. Nur in Nelson war Labour mit einem ausgedehnten sozialpolitischen Programm an der Macht. Natürlich provoziert diese Antwort nochmal die Frage: Warum kam es zu diesen Differenzen? Es waren organisierte Frauen, die am meisten an Sozialleistungen interessiert waren, und es gab in Lancaster in der Tat praktisch keine politischen Aktivitäten von Frauen. In Preston, wo Sozialleistungen in geringem Umfang gewährt wurden, fand sich eine aktive Frauenbewegung — sie hatte allerdings nur wenig politischen Erfolg. Nur in Nelson bestimmten die Frauen entscheidend über das Programm der Labour Party. Die Unterschiede scheinen nicht nur vom Ausmaß der Frauenerwerbstätigkeit abzuhängen, sondern von den Verhältnissen zwischen den Geschlechtern, wie sie während der Arbeit erfahren werden. In Lancaster arbeiteten relativ wenig Frauen außerhalb des Haushalts, und die meisten von ih-

nen waren wiederum in kleinen, paternalistischen Dienstleistungsbetrieben angestellt. Eine aktive oder einflußreiche Frauenbewegung kann von daher nicht erwartet werden. In Nelson wie in Preston arbeitete ein hoher Prozentsatz von Frauen in den Baumwollspinnereien und dies scheint in beiden Fällen die Existenzbedingung für eine aktive Frauenbewegung innerhalb der Labour Party gewesen zu sein. Unter dem Aspekt des Verhältnisses von Frauen und Männern war allerdings die gleiche Arbeit von ganz unterschiedlicher Bedeutung, und dies scheint der Schlüssel für die Erklärung des unterschiedlichen politischen Erfolgs der Frauenorganisationen zu sein. In Nelson arbeiteten Frauen an der Seite von Männern in ähnlichen Positionen für ähnliche Löhne. In Preston hatten die meisten Männer besser bezahlte Berufe in anderen Industrien, und die wenigen, die in den Baumwollspinnereien zusammen mit den Frauen arbeiteten, waren meist Vorarbeiter, welche die Arbeit der Frauen kontrollierten oder junge Männer, die immer noch auf einen besseren Job anderswo hofften. Es waren diese Differenzen im jeweiligen Status und Unterordnungsverhältnis von Männern und Frauen während der Lohnarbeit, welche der entscheidende Faktor für den jeweiligen Erfolg der politischen Mobilisierung von Frauen gewesen zu sein scheinen und von daher auch für die unterschiedlichen Sozialprogramme der drei Städte.

Wir können daher politische Unterschiede und Veränderungen nicht einfach von ökonomischen und sozialen Kategorisierungen ablesen. (Noch sollten wir die Bedeutung des Wandels der nationalen Politik und des Nationalstaats vergessen. So machte z.B. 1947 die Verstaatlichung der Gesundheits- und Wohlfahrtsdienste in Großbritannien die oben erwähnten Unterschiede zwischen Lancaster, Preston und Nelson bedeutungslos.) Die lokalen Einflüsse auf Politikformulierung und -implementation sind strikt relational zu fassen; sie werden im Kontext bestimmter Orte ausgeübt, d.h. im Kontext bestimmter Kombinationen räumlicher Bedingungen. Das heißt, daß sich infolge des Wandels sozialer Erfahrungen und Beziehungen schnelle Änderung vollziehen können, je nachdem, wie die Leute diesen Wandel wahrnehmen und darauf reagieren. Die Interpretations- und Repräsentationsmuster des lokalen Staates sind keine Konstanten. Unser abschließendes Beispiel aus unserer Forschungsarbeit zur lokalen Beschäftigungspolitik in Sheffield zeigt dies recht deutlich (Goodwin 1986; Goodwin und Duncan 1986).

Sheffield wird als »rote Insel« und »sozialistische Republik South Yorkshire« bezeichnet. Mit diesem Namen wird angespielt auf die lange Geschichte der Herrschaft der Labour Party in den Lokalregierungen der Stadt und der zugehörigen Region wie auch auf einen neueren Linksrutsch, der durch eine gutorganisierte Arbeiterbewegung in Gang gebracht wurde, die in der von der männlichen Arbeiterklasse beherrschten lokalen Sozialstruktur verankert ist. Der Kern dieser Bewegung in Sheffield waren die männlichen manuellen Facharbeiter in der Stahlindustrie und im Maschinenbau, die 1970 über ein Drittel der Arbeitskräfte überhaupt ausmachten (und 45 % der männlichen Vollzeitbeschäftigten). Sowohl von ihrer Ausbildung wie von ihrer Organisation her waren diese Arbeiter von zentraler Bedeutung. Das Management war gezwungen, ihre Macht bei der Festlegung von Löhnen, Arbeitsbedingungen, Aufgabenbereichen und der Anzahl von Arbeitsplätzen zu berücksichtigen. In der lokalen Arbeiterbewegung und in der Lokalpolitik waren sie hegemonial. Sie stellten zum größten Teil das entsprechende Organisationspersonal, währenddessen die Geschlechtsrollenmuster dazu dienten, diese zentrale Stellung aufrechtzuerhalten.

Der in unserem Zusammenhang wichtigste Punkt ist dabei, daß diese politisch, kulturell und ökonomisch erfolgreiche Gruppe zu ihren Hochzeiten (1930-70) keine lokale Beschäftigungspolitik brauchte. Sie machte ihre eigene, indem sie ihre eigenen Organisationen am Arbeitsplatz einsetzte, und sie machte es ganz gut. Warum sollten die Arbeiter sich um eine außenstehende Interessenvertretung kümmern, solange sie realen Einfluß vermittels der Kontrolle über ihre eigene Arbeit hatten? Diese Situation spiegelte sich in einer informellen, aber selbstverständlichen Arbeitsteilung. Die Lokalbehörden und die Labour Party kümmerten sich um Wohnungsbau, Schulwesen, Umweltschutz und andere Sozialleistungen. Schließlich waren dies Bereiche, in denen die Lokalregierung die meisten Kompetenzen hatte. Um die Arbeits- und Beschäftigungsprobleme kümmerten sich die Gewerkschaften, die auf einer mächtigen Organisation von Betriebsversammlungen ruhten, sowie die kommunistische Partei.

Inzwischen aber haben diese Arbeiter politisch, kulturell wie ökonomisch keine zentrale Bedeutung mehr. Veränderte Marktpositionen und Arbeitsprozeßtechnologien haben ihre Fähigkeit untergraben, die Arbeitsverhältnisse gegen das Management zu beeinflussen. Zwischen 1980 und 1983 verloren die Stahl- und Maschinenbauarbeiter über 30 000, d.h. ungefähr die Hälfte aller Arbeitsplätze. Infolge dieser immensen Niederlage sanken auch Organisationsstärke und Moral. Früher zentral für die Produktion, fanden sich nun viele als Teil einer Reservearmee wieder. Nun war klar, daß sie, unfähig, ihre eigene lokale Beschäftigungspolitik zu betreiben, Unterstützung durch ihre Lokalregierung brauchten. Die Stadträte, aufgewachsen und politisch geprägt in einer Kultur, die auf die Hegemonie der Stahl- und Maschinenbauarbeiter von Sheffield gründete, mußten nun, da diese Hegemonie sprichwörtlich in Grund und Boden versank, eine politische Antwort formulieren.

Die Antwort war ein neues Ressort zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen als Teil der Stadtverwaltung von Sheffield, das sich mit der ökonomischen Krise der Stadt herumzuschlagen hatte. Dieses Ressort verfolgte die Linie einer »Restrukturierung im Interesse der Arbeit(er)«; gemeint war, daß die von der Stadt finanzierten ökonomischen Maßnahmen die Lage der Arbeiter — Arbeitsbedingungen, Entlohnung und Organisation — verbessern sollten. Weiterhin sollte die öffentliche Kontrolle über Privatunternehmen, die vor dem Zusammenbruch gerettet wurden, ausgedehnt werden. Natürlich rief diese Politik schwere Spannungen hervor. Aber das neue Ressort hatte nicht nur eine ökonomische Aufgabe. Seine Funktion war auch die der politischen Mobilisierung und Erneuerung: Zu helfen, eine durch den ökonomischen Niedergang verheerend getroffene Arbeiterbewegung und eine unter zunehmenden Druck befindliche Arbeiterkultur neu aufzubauen. Diese Institutionen und Praxisformen hatten zuvor »naturwüchsig« existiert, nun mußte die Stadt für ihre Erhaltung tätig werden.

Allerdings war die Lokalpolitik nicht mehr durch die einstige Hegemonie der Stahl- und Maschinenbauarbeiter bestimmt. Die angesprochenen ökonomischen Verschiebungen waren unvermeidlich mit solchen kultureller und politischer Art verknüpft. Diese lokalen Veränderungen wurden durch allgemeinere Prozesse verstärkt wie etwa das Wachstum des Dienstleistungs- und öffentlichen Sektors, den Ausbau des höheren Bildungssystems und den Aufstieg der Frauenbewegung. Allein bei der Stadtverwaltung von Sheffield waren 1980 30 000 Leute beschäftigt. Inzwischen überwogen Angestelltenjobs, im privaten wie

im öffentlichen Sektor, und die Angestelltengewerkschaften waren in der lokalen Arbeiterbewegung vorherrschend geworden. In den lokalen Gewerkschaften und in der Lokalpolitik waren Menschen mit recht unterschiedlicher Lebenslage und Hintergrund, manchmal Freiberufler, Frauen oder Leute von außerhalb engagiert. Und entscheidend war, daß diese Leute inzwischen wichtige ökonomische und kulturelle Grundbedingungen für ihre politische Arbeit hatten. In Verbindung mit ständigem Druck der zutiefst feindselig eingestellten nationalen Regierung wie auch der Widersprüche des Programms einer »Restrukturierung im Interesse der Arbeit« in einer ungünstigen ökonomischen Situation, führte dies zu dramatischen Verschiebungen in der städtischen Beschäftigungspolitik. Die Politik verschob sich von dem Versuch, in den privaten Sektor zugunsten der Arbeitsplätze männlicher Facharbeiter einzugreifen, immer mehr zu der Position, angesichts der Ausgabenkürzungen der nationalen Regierung Arbeitsplätze für die städtischen Angestellten *selber* zu retten, zu schaffen oder zu verbessern. Daß diese Position, »ein Verrat durch Mittelklassebürokraten, die sich als Bankiers aufführten« (so zwei Führer der altmodischen Arbeiterbewegung in einem Interview mit uns), sich durchsetzte, ist Hinweis auf die tiefgreifenden Veränderungen in der politischen Kultur von Sheffield. Ebenfalls symptomatisch ist, daß erst nach diesen Verschiebungen in Sheffield eine Fraueninitiative formell gebildet wurde, die allerdings immer noch durch die für die Lokalpolitik zentrale Problematik eingeschränkt wird.

Wie können wir diesen Abschnitt zusammenfassen? Einerseits ist klar, daß unterschiedliche Lokalpolitiken auf viel allgemeinere soziale Veränderungen zurückgeführt werden können. Die stahlproduzierenden Betriebe in Sheffield sind aufgrund von Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung zusammengebrochen, der Aufstieg der neuen städtischen Linken kann auf die Entwicklung einer neuen Mittelklasse von technischen und Dienstleistungsspezialisten zurückgeführt werden usw.. Andererseits können sich diese allgemeinen Prozesse nur an bestimmten Orten realisieren und greifen daher verändernd in schon bestehende, räumlich konstituierte soziale Zusammenhänge ein. So verstanden sind Veränderungen der lokalen Politik das Resultat veränderter sozialer Verhältnisse. Unglücklicherweise fällt die einschlägige Forschung bisher meist von einem Extrem ins andere, wenn es um die Klärung dieser Kausalketten geht. In makrosoziologischer Perspektive diktieren der Nationalstaat und weltumspannende ökonomische Veränderungen die Lokalpolitik. Mikrosoziologisch werden die lokalen Faktoren oft als unabhängig bezeichnet. Wie wir in diesem Abschnitt empirisch und in 2.1. mit der Analyse der Bedeutung des Raumes gezeigt haben, sind beide Perspektiven unzulänglich.

4. Schlußfolgerungen

Die Politikwissenschaft und die Stadtsoziologie haben sich bisher zu einem großen Teil damit befaßt, die Bedeutung von Veränderungen staatlichen Handelns für die lokale Ebene in Nordamerika und Westeuropa aufzuzeigen, Veränderungen, die durch spezifisch lokale Institutionen implementiert werden. Ein Großteil dieser Literatur hat auch gezeigt, wie besondere lokale Sozialzusammenhänge als wichtiger Faktor zur Formung dieser Verände-

rungen beigetragen haben, entweder passiv, da staatliches Handeln Rücksicht auf lokale Bedingungen nehmen muß, oder eher aktiv, sofern bestimmte Gruppen die staatliche Politik verändert oder ihre eigene Politik auf lokaler Ebene entwickelt haben. Jedoch haben diese Studien bisher schwerlich die Grenzen ihres jeweils besonderen Fallbeispiels lokaler Politik oder ihres Datensets in Richtung allgemeiner Erklärungsversuche dieser Unterschiedlichkeiten überschritten.

Ein Grund für diese Schwierigkeit ist, daß Theorien staatlichen Handelns auf lokaler Ebene eine fundamentale Frage bisher vernachlässigt haben: Warum gibt es überhaupt lokale Staatsinstitutionen? Warum sind Nationalstaaten allein anscheinend unzulänglich? Eine schwerwiegende Auslassung, denn die Antwort darauf liefert einen Schlüssel für das Verständnis der besonderen Charakteristik lokaler staatlicher Institutionen — ihrer spezifischen lokalen Politik, deren Resultate die erwähnten Fallstudien so erschöpfend dargelegt haben.

Gerade in kapitalistischen Gesellschaften, mit denen sich ein Großteil der einschlägigen Literatur befaßt, sind der Staat und staatliche Institutionen am weitesten entwickelt. Ebenso ist in kapitalistischen Gesellschaften das Merkmal ungleicher Entwicklung besonders ausgereift und dynamisch. Unsere generelle Antwort auf die Frage nach dem Existenzgrund des lokalen Staates orientiert sich an dem Gedanken, daß Staat und ungleiche Entwicklung nicht unabhängig voneinander sind. Denn soziale und natürliche Systeme, von denen diese abhängen, sind ungleichmäßig entwickelt. Dies bedeutet u.a., daß die Art und Weise wie diese Systeme in Verbindung zueinander stehen und die Auswirkungen davon von Ort zu Ort sehr unterschiedlich sind. Daher müssen staatliche Systeme auf lokaler Ebene entwickelt werden, damit herrschende Gruppen ihre Herrschaft über unterworfenen Gruppen ausüben können. Aber, dies ist die Pointe, wenn solcherart lokale Intervention einen Sinn haben soll, müssen lokale Staatsinstitutionen bei der Implementierung und sogar Formulierung der Politik über eine Art Autonomie verfügen. Der Zentralstaat allein kann unmöglich planen, was an bestimmten Orten genau geschehen soll; das haben die Planungsbehörden inzwischen auf ihre Kosten herausgefunden. Zumindest müssen nationale Richtlinien und Verfahrensweisen lokalen Bedingungen Rechnung tragen. Gerade aus diesem Grund wird das notwendige Maß an Autonomie Gefahren in sich bergen. Durch die lokalen Erfordernisse werden die Verantwortlichen im Lokalstaat zur Entwicklung besonderer Politikmuster bewegt, die vom Standpunkt der zentralen herrschenden Gruppen möglicherweise unangemessen sind. Weiterhin können, da soziale Verhältnisse ungleich entwickelt sind, bestimmte soziale Gruppen auf lokaler Ebene einflußreich sein, die in dem Machtblock unterrepräsentiert sind, der den Nationalstaat beherrscht. Das notwendige Maß lokalstaatlicher Autonomie gewährt solchen Gruppen Einfluß; sie können die Staatsmacht für ihre eigenen Interessen einsetzen und ihre eigenen, lokalen Interpretationen der Politik entwickeln.

Mit der Entfaltung der repräsentativen Demokratie wird dieses Verhältnis noch stärker ausgeprägt. Denn nun werden sowohl die besondere Tätigkeit des lokalen Staates *wie* der Einfluß lokal verankerter Interessen auf sie verstärkt und tatsächlich legitimiert. Nun ist es recht und billig, daß lokal entstandene Interessen ihren eigenen besonderen Einfluß auf staatliches Handeln ausüben. Auch die interpretative und repräsentative Rolle der Lokalre-

gierung wird gestärkt. Konflikte mit dem Zentralstaat werden nahezu unvermeidlich. Von daher dessen Anstrengungen, die Macht der Lokalregierungen auf nicht gewählte Körperschaften zurückzuverlagern. Das dramatische Beispiel in Großbritannien, die Abschaffung des Greater London Council und der sechs anderen durch Labour kontrollierten Metropolitan Councils im Jahr 1985 ist nur das Ende einer langen — und unerfreulichen — Tradition. Jedoch können wir lokalpolitische Unterschiede und Veränderungen nicht einfach von der ungleichen Entwicklung ablesen. Die spezifische Arbeitsteilung im Raum und die spezifischen Konstitutionsweisen von 'civil society' im Raum führen nicht automatisch zu bestimmten politischen Optionen oder bestimmten Interpretations- und Repräsentationsrollen lokalstaatlicher Institutionen. Denn diese Institutionen befinden sich in einer Mittlerposition zwischen der Sphäre der Arbeit und der Sphäre der Organisationen der 'civil society'. Beide sind in spezifischer Weise im Raum konstituiert und gehen an bestimmten Orten spezifische Verbindungen ein. Diese Heterogenität und die Vielfalt sozialer Konflikte und Verknüpfungen, die daraus resultiert, ist bestimmend für die Einzigartigkeit des lokalen Staates.

Aus dem Englischen von Klaus Fritz

Literatur

- Branson, N. (1979): *Popularism 1919-26: George Lansbury and the Councillors' Revolt*, London (Lawrence and Wishart)
- Cooke, P. (1983): »Regional restructuring: class politics and popular protest in South Wales«, in: *Society and Space* 1, 3
- Cooke, P. (1985a): »Class practices as regional markers: a contribution to labour geography«, Kapitel 10, in: Gregory and Urry, op. cit.
- Cooke, P. (1985b): »Radical regions: a comparison of South Wales, Emilia and Provence«, in: G. Rees (eds.): *Political action and social identity: class, locality and culture*, London (Macmillan)
- Damer, S. (1980): »State, class and housing: Glasgow 1895-1919«, Kapitel 3, in: Melling, J. (ed.): *Housing, social policy and the state*, London (Croom Helm)
- Dearlove, J. (1973): *The Politics of Policy in Local Government*, Cambridge (Cambridge University Press)
- Dickens, P./Duncan, SS./Goodwin M./Gray, F. (1985): *Housing states and localities*, London (Methuen)
- Duncan, SS. (1988): »What is a locality«, Kapitel 19, in: Peet, R./Thrift, N.: *New Models in Geography*, London (Allen & Unwin)
- Duncan, SS./Goodwin, M. (1982): »The local state and restructuring social relations«, in: *International Journal Urban and Regional Research* 6, 2, 157-85
- Duncan, SS./Goodwin, M. (1985a): »Der lokale Staat und die Umstrukturierung gesellschaftlicher Theorie und Praxis«, in: Kramer, J./Neef, R. (Hrsg): *Krise und Konflikte in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus*, Birkhäuser
- Duncan, SS./Goodwin, M. (1985b): »The local state and local economic policy: why the fuss?« in: *Policy and Politics* 13, 3, 227-53
- Duncan, SS./Goodwin, M. (1987): *The local state and uneven development: behind the local government crisis* Polity, Cambridge
- Foster, J. (1974): *Class Struggle and the Industrial Revolution*, London (Methuen)
- Goodwin, M. (1986): »Locality and local state: Sheffield's economic policy«, *Working Paper in Urban and Regional Studies*, 52, University of Sussex
- Goodwin, M./Duncan, SS. (1986): »The local state and local economic policy: political mobilisation or economic regeneration«, in: *Capital and Class* 27
- Gregory, D./Urry, J. (eds.) (1985): *Social relations and spatial structures*, London (Macmillan)
- Gyford, J. (1985): *The Politics of Local Socialism*, London (Allen & Unwin)
- Halford, S. (1987): »Womens initiatives in local government: tokenism or power«, in: *Working Paper in Urban and Regional Studies*, XX, University of Sussex
- Halford, S. (Forthcoming): »The politics of women's initiatives: civil society and the local state«, in: *working Paper in Urban and Regional Studies*, XX, University of Sussex
- Harvey, D. (1982): *The Limits to Capital*, Oxford (Basil Blackwell)
- Harvey, D. (1985): »The geopolitics of capitalism«, Kapitel 7, in: Gregory, D./Urry, J.: *Social relations and spatial structures*, London (Macmillan)
- Hobsbawm, E. (1975): *The age of capital*, London (Weidenfield & Nielsen)
- Howkins, A. (1985): *Poor labouring men: rural radicalism in Norfolk 1870-1923*, London (Routledge and Kegan Paul)
- Jäggi, M./Muller, R./Schmid, S. (1977): *Red Bologna*, London, (Writers and Readers Publishing Co-operative)
- Jessop, B. (1980): »The transformation of the state in postwar Britain«, in: R. Scase (ed.): *The state in Western Europe*, London (Croom Helm) 23-93
- Korpi, W. (1978): *The Working Class in Welfare Capitalism: Work, Unions and Politics in Sweden*, London, (Routledge and Kegan Paul)
- Macintyre, S. (1980): *Little Moscows: Communism and Working Class Militancy in Inter-war Britain*, London (Croom Helm)

- Mackenzie, S./Rose, D. (1983): »Industrial change, the domestic economy and home life«, Kapitel 7, in: J. Anderson/SS. Duncan/R. Hudson (eds.): *Redundant Spaces in Cities and Regions?*, London (Academic Press)
- Mark-Lawson, J./Savage, M./Warde, A. (1985): »Gender and local politics: struggles over welfare 1918-1939«, Kapitel 11, in: *Localities, class and gender*, London (Pion)
- Massey, D. (1984): *Spatial divisions of Labour* London (Macmillan)
- Melling, J. (1980): »Clydeside housing and the evolution of state rent control, 1900-1939«, Kapitel 5, in: Melling, J. (ed.): *Housing, social policy and the state*, London (Croom Helm)
- Pinch, S. (1985): *Cities and Services*, London (Routledge and Kegan Paul)
- Rees, G. (1985): »Regional restructuring, class change and political action: preliminary conflicts on the 1984-85 miners strike in South Wales«, in: *Society and Space* 4, 3
- Rees, G. (1986): »'Coalfield culture' and the 1984-85 miners' strike: a reply to Sunley«, in: *Society and Space* 4, 4, 69-476
- Ruggie, M. (1984): *The state and working women: a comparative study of Britain and Sweden*, London, New York (Princeton University Press)
- Saunders, P. (1979): *Urban Politics: a sociological approach*, London (Hutchinson)
- Saunders, P. (1985): »Space, the city and urban sociology«, Kapitel 4, in: Gregor/Urry *op. cit.*
- Sayer, A. (1985): »The difference that space makes«, Kapitel 4, in: Gregory/Urry *op. cit.*
- Scase, R. (1977): *Social Democracy in a Capitalist Country: Working Class Politics in Britain and Sweden*, London (Croom Helm)
- Sharpe, L./Newton, K. (1984): *Does Politics Matter?*, Oxford (Clarendon Press)
- Skinner, D./Langdon, J. (1974): *The story of Clay Cross*, Nottingham (Spokesman Books)
- Smith, D. (1982): *Conflict and Compromise. Class Formation in English Society 1814-1914*, London (Routledge and Kegan Paul)
- Smith, N. (1984): *Uneven development: nature, capital and the production of space*, Oxford (Basil Blackwell)
- Sunley, P. (1986): »Regional restructuring, class change and political action: a comment«, in: *Society and Space* 4, 4
- Stewart, J. (1983): *Local Government: The Conditions of Local Choice*, London (Allen and Unwin)
- Thrift, N. (1987): »The geography of twenties century class formation, in: Thrift, N./William (ed.): *Class and Space*, London (Routledge and Kegan Paul)
- Urry, J. (1985): »Social relations, space and time«, Kapitel 3, in: Gregory/Urry *op. cit.*